

# Die EU - treibende Kraft der Deregulierung

In Europa kam die Privatisierungsoffensive mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und der Liberalisierung zentraler Wirtschaftszweige wie Energie, Post oder Telekommunikation so richtig ins Rollen. Resultat war eine europaweite Fusions- und Übernahmewelle, die zur Herausbildung europäischer bzw. globaler Großkonzerne („global player“) führte. Ginge es nach den Wünschen der EU-Kommission, so würden auch Rentensysteme, Bildung und Gesundheit sowie andere Dienstleistungen der Daseinsvorsorge den Gesetzen des Marktes unterworfen und kommerzialisiert. Wie die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie gezeigt haben, stößt der Versuch, auch für Dienstleistungen einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen und damit eine brutale Dumpingkonkurrenz zu entfesseln, jedoch vielerorts auf Widerstand. Diesen gilt es zu verbreiten und zu stärken.

## Rekommunalisierung statt Ausverkauf

Ob als Beschäftigte, als Mieter oder als Nutzer öffentlicher Dienstleistungen - die Angst vor den Auswirkungen weiterer Privatisierungen bewegt viele Menschen. An vielen Orten sind daher Bündnisse entstanden, die gegen einen weiteren Ausverkauf kämpfen und konkrete Schritte zur Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum einfordern. Zwar ist es noch nicht gelungen, den Privatisierungstrend zu stoppen – doch inzwischen hat auch ein gegenläufiger Trend eingesetzt: So denkt jede zehnte Kommune darüber nach, Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Für die meisten Rekommunalisierungen sind Kostengründe ausschlaggebend. Schließlich können Leistungen preisgünstiger angeboten werden, wenn man die überzogenen Renditeerwartungen privater Investoren nicht länger erfüllen muss.

Privatisierung ist kein Sachzwang – es ist möglich, den Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu stoppen und die unsoziale Privatisierungspolitik zurückzunehmen, denn:  
Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums  
Privatisierung fördert Armut und soziale Ausgrenzung  
Privatisierung ist ein Angriff auf demokratische und soziale Rechte.

**Stoppt Privatisierungen!**

**Rekommunalisierung statt Ausverkauf!**

**Öffentliche Güter für alle statt Profit für wenige!**

## Kontaktadressen

### Europabüro Berlin

Sahra Wagenknecht, MdEP  
Krossenerstr. 9/10 - 10245 Berlin  
Tel./Fax 030-212 38998  
[europabuero.berlin@sahrawagenknecht.de](mailto:europabuero.berlin@sahrawagenknecht.de)  
[www.sahrawagenknecht.de](http://www.sahrawagenknecht.de)

oder:

Sahra Wagenknecht, MdEP  
Unter den Linden 50 - 10117 Berlin  
Tel. 030-227 70419  
[sahra.wagenknecht-assistant2@europarl.europa.eu](mailto:sahra.wagenknecht-assistant2@europarl.europa.eu)

### Europabüro Brüssel

Sahra Wagenknecht, MdEP  
Europäisches Parlament  
ASP 6 F 258 - Rue Wiertz  
B-1047 Bruxelles  
Tel. +32-228 45619  
Fax +32-228 49619  
[sahra.wagenknecht@europarl.europa.eu](mailto:sahra.wagenknecht@europarl.europa.eu)

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT



## Wenn öffentliche Güter zur Ware werden

Ob Schulen oder Krankenhäuser, Post oder Bahn, Wasser oder Energie, Rentensysteme oder Verkehrsbetriebe, Sozialwohnungen oder Gefängnisse – es gibt kaum einen Bereich, der vom Privatisierungswahn der letzten Jahrzehnte verschont geblieben ist. Dass mehr und mehr öffentliche Güter zur Ware werden, ist eine Folge der neoliberalen Umverteilungspolitik: Durch Steuergeschenke an Konzerne und Reiche entstehen Haushaltslöcher, die durch den Verkauf des „Tafelsilbers“ wieder gefüllt werden sollen. Gleichzeitig werden öffentliche Einrichtungen durch jahrelange Kürzungsorgien kaputt gespart, wobei der Unmut über die schlechtere Qualität öffentlicher Dienste dann zum Anlass genommen werden kann, um einen Verkauf an private Investoren durchzusetzen. Zu den Profiteuren der Privatisierung zählen Großkonzerne und Vermögensbesitzer, die auf der Suche nach profitablen Anlagen immer mehr Bereiche den Gesetzen des Marktes unterwerfen wollen. Diese Unterwerfung unter das Profitprinzip hat zur Folge, dass in großem Umfang Arbeitsplätze vernichtet, Löhne gesenkt, Qualitäts- und Sicherheitsstandards unterlaufen werden und die flächendeckende Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen nicht mehr garantiert ist.



## Privatisierung ist Diebstahl

Zwar kann man durch die Privatisierung rentabler Betriebe kurzfristig Geld in die öffentlichen Kassen spülen. Langfristig handelt es sich aber um ein Minusgeschäft, da auch sämtliche Gewinne nun auf privaten Konten landen. Hinzu kommt, dass bei vielen Privatisierungen Korruption im Spiel ist, so dass öffentliche Unternehmen oft unter ihrem realen Wert verkauft werden. Man erinnere sich nur an die Arbeit der Treuhänder, der es gelang, das Volksvermögen der DDR innerhalb weniger Jahre in einen riesigen Schuldenberg zu verwandeln. Oder man denke an die Deutsche Bahn, die teilprivatisiert werden soll, indem der Bund die Hälfte der Unternehmensanteile veräußert. Schätzungen zufolge soll dieser Verkauf 5-10 Mrd. Euro einbringen – das Bruttoanlagevermögen der Deutschen Bahn AG ist mit 183 Mrd. Euro jedoch ein Vielfaches wert. „Private“ heißt im Lateinischen übrigens „rauben“. Tatsächlich geht es bei Privatisierungen im Kern um Diebstahl an gesellschaftlichem Eigentum: Um die Umleitung von Vermögenswerten und Zahlungsströmen (Zinsen, Mieten, Dividenden u.a.) auf private Konten bei gleichzeitiger Abwälzung von Schulden, Risiken und sonstiger „Altlasten“ auf die Allgemeinheit.

Zwar mag sich die betriebswirtschaftliche Effizienz in einstigen Monopolbetrieben aufgrund von Massenentlassungen und Lohndumping verbessert haben, was partiell auch zu sinkenden Preisen führt. In den meisten Fällen stiegen die Preise nach kurzer Zeit aber wieder an, da die Liberalisierung der Märkte zur Herausbildung noch größerer Konzerne führte, welche ihre Marktmacht jetzt noch rücksichtsloser durchsetzen können. So hat die Liberalisierung der Strommärkte Ende der 90er Jahre eben nicht für „Wettbewerb“ gesorgt, sondern die Zahl der Anbieter deutlich verringert – mit der Folge, dass die Verbraucher für Strom inzwischen fast 50 Prozent mehr zahlen müssen als noch im Jahr 2000. Diese rücksichtslose Ausnutzung von Monopolmacht muss endlich beendet werden. Energiekonzerne gehören in öffentliche Hand und müssen transparent, demokratisch und unter sozialen Gesichtspunkten geführt werden!



## Soziale Ausgrenzung und Entsolidarisierung

Durch Privatisierung und Kommerzialisierung verwandeln sich soziale Rechte in Waren, die nur noch jenen zur Verfügung stehen, die über die nötige Kaufkraft verfügen. Ärmere Bevölkerungsgruppen sowie Menschen aus ländlichen Regionen werden von der Versorgung mehr und mehr ausgeschlossen, die soziale und räumliche Polarisierung verschärft sich. Besonders fatal ist dieser Trend bei Dienstleistungen, die für ein menschenwürdiges Leben unerlässlich sind – man denke an Gesundheit oder Bildung, an die eigene Rente oder die Versorgung mit Strom, Wasser und günstigem Wohnraum. Aus diesem Grund müssen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge grundsätzlich dem privaten Gewinnstreben entzogen und öffentlich finanziert und bereitgestellt werden.

## Angriff auf Gewerkschaften und soziale Rechte

Vor allem in arbeitsintensiven Sektoren ging die Privatisierung mit Massenentlassungen und Lohndumping einher. So wurde die Beschäftigung bei der Deutschen Bahn, der Deutschen Post oder den britischen Elektrizitätswerken innerhalb von zehn Jahren um fast die Hälfte reduziert; nach vorsichtigen Schätzungen wurden in der EU bis Ende 2002 etwa 850.000 Arbeitsplätze bei Telekommunikation, Eisenbahnen sowie Stromkonzernen vernichtet. Die verbleibenden Beschäftigten erhalten oft geringere Löhne, während sich die Arbeitsbedingungen im Zuge von Restrukturierung und Arbeitsplatzabbau verschlechtern. Diesem Trend entgegenzuwirken ist schwierig, da die Gewerkschaften durch die Zerschlagung der vergleichsweise gut organisierten Belegschaften im öffentlichen Dienst geschwächt werden.

## Aushöhlung der Demokratie

Mit der Privatisierung schwindet auch der demokratische Einfluss auf zentrale Bereiche der Wirtschaft. Die Politik beraubt sich damit der Möglichkeit, die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu steuern und an den Interessen des Gemeinwohls auszurichten. Im Gegensatz zu öffentlichen Anbietern müssen private Unternehmen nur noch ihren Aktionären gegenüber Rechenschaft ablegen – nicht aber den BürgerInnen und KonsumentInnen, die auf die angebotenen Güter und Dienstleistungen angewiesen sind.